

LANDTAG
BRANDENBURG



Von der Kriegsschule zum Parlament

**Historische Notizen zum
Gebäudekomplex Am Havelblick 8**

Schriften des Landtages Brandenburg
Heft 3/2000

Impressum

Herausgeber: Präsident des Landtages Brandenburg
Druck: Druckerei Grabow, Breite Straße 32, 14513 Teltow

Von der Kriegsschule zum Parlament

**Historische Notizen zum
Gebäudekomplex Am Havelblick 8**

Inhalt

	Seite
Vorwort	5
I. Von der Kriegsschule zum Landtag Brandenburg	7
1. Kriegsschule	7
2. Reichsarchiv	8
3. Heeresarchiv	13
4. Auf dem Weg zum „Parteihaus“	15
5. Parteihaus der SED	16
6. Landtag Brandenburg	19
II. Zur Geschichte des Brauhausberges	23
Bibliographische Hinweise	25

Vorwort

Viele Jahre nannten die Potsdamer das durch die SED genutzte Gebäude auf dem Brauhausberg Kreml. Der so gewählte Bezug zum «Großen Bruder» klingt zuweilen heute noch nach. Niemand sagt Kriegsschule, Reichsarchiv oder Heeresarchiv, obwohl auch dies angesichts der früheren Nutzung möglich wäre. Aber nichts hat wohl einen so nachhaltigen Eindruck bei den Menschen hinterlassen, wie das Residieren der SED-Bezirksleitung Potsdam in dem Schwechten-Bau hoch oben auf dem Brauhausberg.

Dankenswerterweise haben Hartmut Knitter, Gottfried Kunzendorf, Reinhard von Plessen, Konrad von Rabenau und Ulrich Schröter die wechselvolle Geschichte dieses Hauses von der kaiserlichen Kriegsschule bis hin zur Nutzung als Landtag nachgezeichnet. Dabei haben sie ein besonderes Augenmerk auf die Mitarbeiter des Heeresarchivs und deren enge Verwandte gerichtet, die in die Vorgänge um das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 einbezogen waren.

Es wäre wünschenswert, wenn zehn Jahre nach dem demokratischen Neubeginn in Brandenburg ein erneuter Anlauf unternommen würde, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ein Parlamentsgebäude zu übergeben, das sie als Identifikationsort und wesentlichen Bestandteil des Föderalismus annehmen könnten. Möge diese Broschüre neben der historischen Aufarbeitung auch dazu ein Anstoß sein.

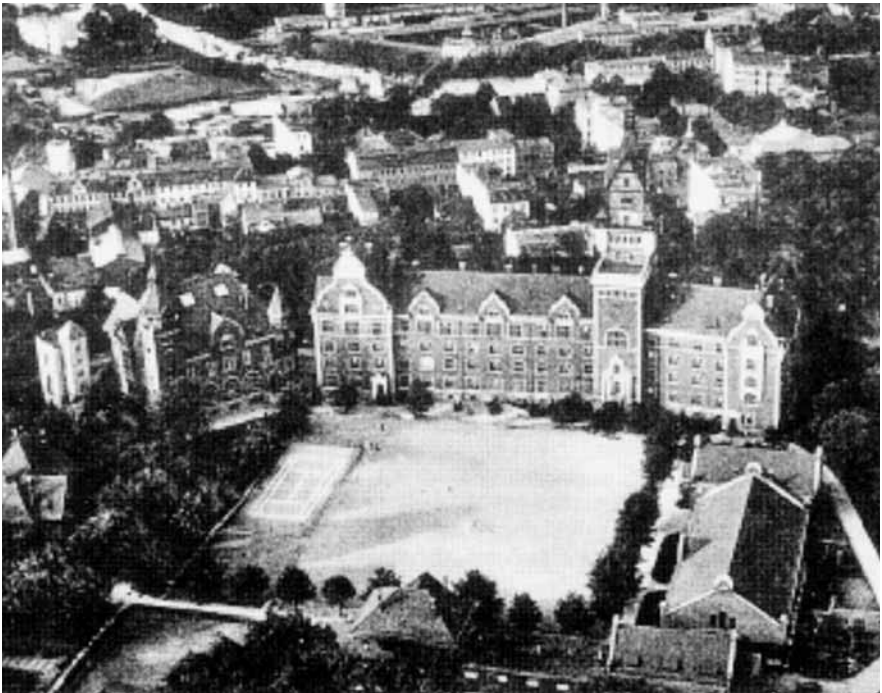
Dr. Herbert Knoblich
Präsident des Landtages Brandenburg

I. Von der Kriegsschule zum Landtag Brandenburg

1. Kriegsschule (1902 - 1914)

Am 1. April 1899 begann der Bau einer neuen Kriegsschule auf dem Brauhausberg. Das von der Forst-Verwaltung (Forst-Fiskus) gepachtete Gelände gehörte damals zum Kreis Zauch-Belzig, Gutsbezirk Plantagenhaus. Grund für den Neubau war die Feststellung, daß sich die bisher genutzten Gebäude in der Waisenstraße (heute Dortustraße) als ungeeignet erwiesen hatten. Kaiser Wilhelm II. selbst hatte den neuen Standort, in Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1813 (siehe dazu II. Zur Geschichte des Brauhausberges), favorisiert. Baumeister war der aus Köln stammende Franz Schwechten (1841 - 1924), Schüler von Julius Carl Raschdorff und Absolvent der Bauakademie in Berlin, die Bauleitung lag in den Händen des Garnison-Bauinspektors Meyer. Die architektonische Ausführung im Stil der englischen Cottage-Architektur erfolgte nach dem Willen des Kaisers. Am 2. August 1902 wurde das neue Gebäude eingeweiht. Das Hauptgebäude, angepaßt der Grundform des Geländes, bestimmte ein monumentaler Turm, der eine Höhe von 64 m erreichte.

Am 3. August 1902 trafen die Fähnriche des ersten Kurses ein, der in der Regel auf 35 Wochen berechnet war.



Luftschiffaufnahme von Potsdam, Kriegsschule und Umgebung um 1912

Foto: Potsdam-Museum

Die Kriegsschule diente der Ausbildung der Offiziersaspiranten der gesamten Armee. Die Direktoren (Kommandeure) waren:

- Oberstleutnant Ernst v. Arnim (1902 - 1906)
- Oberst Guido Sonntag (1906 - 1911)
- Oberstleutnant August v. Geyses (1911 - 1913)
- Major v. Kremisky (1913)
- Oberstleutnant Grube (1914)

Während des Ersten Weltkrieges (1914 - 1918) diente die Kriegsschule 1917 als Bataillons-Sammelstelle.

2. Reichsarchiv (1919 - 1934)

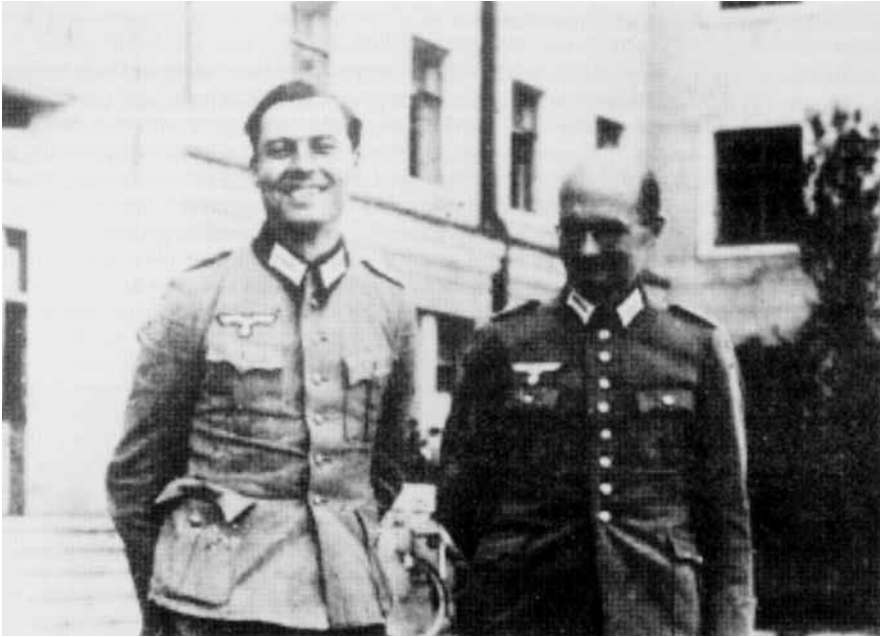
Die Bestimmungen des Versailler Vertrages von 1919 erlaubten dem Deutschen Reich keine Kriegsschulen, kein spezielles Heeresarchiv und keine Ausbildung von Generalstabsoffizieren. Darum erhielt das Gebäude auf dem Brauhausberg in Potsdam eine neue Bestimmung. Hier sollten fortan die zivilen und militärischen Akten des Deutschen Reiches gemeinsam in einem Reichsarchiv verwaltet werden. Ihm wurden drei Hauptaufgaben gestellt:

1. Übernahme des Schriftgutes des Heeres und der Kriegsgesellschaften des Ersten Weltkrieges, Erfassung der archivreifen Akten der Reichsbehörden.
2. Auskunftserteilung für Verwaltung und Wissenschaft.
3. Wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des Deutschen Reiches, insbesondere der Geschichte des Ersten Weltkrieges.

Der Umfang der Akten war bald so groß, daß das vorhandene Gebäude sie nicht vollständig fassen konnte. So gab es mehrere Außenstellen des Archivs. Außerdem wurden neben der alten Kriegsschule Baracken aufgestellt. Erst 1935 konnte nach einjähriger Bauzeit ein großes Magazingebäude auf dem Brauhausberg bezogen werden. Gleichzeitig wurde der Burgturm über dem Reichsarchiv, den man mit seinen 64 m als zu gewaltig und daher maßstablos ansah, auf die Höhe von 50 m abgestockt.

Die Leitung als erster Präsident (1919 - 1931) übernahm Oberst und dann Generalmajor a. D. Hermann Ritter Mertz von Quirnheim (1866 . 1947), seit 1914 Ober-Quartiermeister der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des preußischen Generalstabes.

Bei der Aufgabe, die Reichsgeschichte und besonders die Geschichte des Ersten Weltkrieges 1914 - 1918 zu erschließen, gab es Konzeptionsschwierigkeiten. Die Heeresleitung hatte die Absicht, den Weltkrieg nur nach militärischen Gesichtspunkten behandeln zu lassen. Sie wollte auf diese Weise auch die Ausbildung zu den strategischen und taktischen Aufgaben weiterführen, die früher der Generalstab wahrgenommen hatte. Dagegen legten eine Kommission, die die Arbeit des Archivs begleitete, und ihre vorwiegend liberal orientierten Historiker wie Hans



*Claus Schenk Graf von Stauffenberg (li.) und Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim
Foto: Potsdam-Museum*

Delbrück und Friedrich Meinecke Wert darauf, daß auch die politischen und sozialen Aspekte, die zum Krieg und zur Niederlage geführt hatten berücksichtigt werden sollten. Die Kommission setzte die Mitarbeit von liberalen Professoren durch, unter denen zu nennen sind: Ludwig Bergstresser, Martin Hohohm und Veit Valentin sowie die Doktoren Siegfried A. Kaehler und Hans Rothfels.

Der Präsident, Mertz von Quirnheim, und der Leiter der Forschungsabteilung des Archivs, Generalmajor a. D. Hans von Haefen (sprich: Haefften), der 1931 - 1934 Mertz von Quirnheim als Präsident folgte, betonten zwar auch den militärischen Aspekt, hatten aber für die Position der Historiker Verständnis. Beide hatten am Ende des Krieges die ausweglose Lage eingesehen und Hindenburg und Ludendorff dazu gebracht, Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einzuleiten. Es war daher nicht überraschend, daß ein liberal-konservativer Mann wie von Haefen die am 31. Januar 1933 ohne sein Wissen aufgezoogene Hakenkreuzfahne über dem Archiv wieder herunterholen ließ und sich gegen die von der Regierung betriebene Umorganisation der Einrichtung wandte. In der nationalsozialistischen Zeit zeigte sich dann, daß an dem Archiv Menschen mit kritischem Verstand und großem Verantwortungsgefühl aber auch „Linientreue“ arbeiteten.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang:

Reichsarchivrat Dr. Karl Heinrich Schäfer (27. Juli 1871 - 29. Januar 1945) war nach seinem Studium der evangelischen Theologie katholisch geworden und hatte danach Geschichtswissenschaft studiert. Seit 1920 war er auf Anregung des Vertreters des Zentrums in der Kommission für das Reichsarchiv als Mitarbeiter beschäftigt, wurde aber 1934 entlassen, weil er für die neuen Aufgaben des Archivs nicht geeignet schien. Er setzte seine historische Arbeit vor allem in Kontakt mit der katholische Kirche fort und entwickelte eine kritische Einstellung zu den Vorgängen der Zeit. Weil er zusammen mit einer Hausangestellten „Feindsender“ gehört hatte, wurden sowohl er als auch seine Frau im Januar 1943 zu eineinhalb bzw. zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Während seine Frau freikam und überlebte, starb Schäfer am 29. Januar 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen, wohin man ihn aus der Haft überführt hatte.

Dr. Wilhelm Dieckmann (geb. 17. Juli 1893, hingerichtet 13. September 1944) hatte vor Beginn des Ersten Weltkrieges Theologie und Philosophie studiert, dann am Krieg teilgenommen und war im April 1920 als Leutnant entlassen worden. Er fand eine Tätigkeit im Reichsarchiv und konnte gleichzeitig an der Berliner Universität studieren und sein Geschichtsstudium mit einer Promotion abschließen. Im Reichsarchiv war er als Oberregierungsrat vor allem in der Forschung tätig. Er bearbeitete den Ergänzungsband zur Darstellung des Ersten Weltkrieges, der die Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft behandelte. Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, setzte er sich aktiv für die Bekennende Kirche in der Pfingstgemeinde in Potsdam ein. Durch seinen Schwager Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim wurde er in die Vorbereitung des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 eingeweiht. Wegen seiner Mitwisserschaft wurde er am 25. Juli verhaftet. Seine Frau und die älteste Tochter wurden in Sippenhaft genommen. Wahrscheinlich ist er am 13. September 1944 im Untersuchungsgefängnis in der Lehrter Straße in Berlin ermordet worden. Der Familie wurde mitgeteilt, daß er sich das Leben genommen habe.



Dr. Wilhelm Dieckmann

Foto: Potsdam-Museum

Generalmajor Dr. Otto Korfes (23.11.1889 - 24. 8. 1964) war der Sohn eines Pastors, wurde Offizier, erlebte im Ersten Weltkrieg die schweren Schlachten und kehrte verwundet aus dem Krieg heim. Als Hauptmann fand er Verwendung in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des großen Generalstabs und wurde 1920 wie Dieckmann in das Reichsarchiv übernommen. Im Unterschied zu Dieckmann betrieb er nicht nur seine historische Forschungsarbeit, son-

dern beteiligte sich auch aktiv an der Politik der Weimarer Zeit durch eine Führungsaufgabe im „Stahlhelm“ und in der SA. Im September 1937 wurde er wieder aktiver Offizier und befehligte in der Schlacht bei Stalingrad ein Armeekorps. Obwohl er im Juli 1941 dem Massenmord an Juden in Chlozczow entgegengetreten war, hielt er bis zur Katastrophe von Stalingrad an der Gefolgschaft Hitlers fest. Durch seine Beteiligung am „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und am „Bund Deutscher Offiziere“ hoffte er, seine eigene Erkenntnis auch auf seine Kameraden in Deutschland übertragen zu können. Aufgrund dieser Entscheidung und der Beteiligung seines Schwagers Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim wurden seine Frau und seine Schwiegereltern nach dem 20. Juli 1944 in Sippenhaft genommen, er selbst in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Korfes engagierte sich nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NDPD), die ein Auffangbecken für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP im sozialistischen Staat war. Er erhielt noch einmal wesentliche Aufgaben: Die Leitung des Zentralarchivs in Potsdam (erst im Neuen Palais, dann in der Orangerie) im Jahre 1949, im selben Jahr die Leitung der Hauptabteilung im Innenministerium der DDR und schließlich 1952 die Leitung der historischen Abteilung der Volksarmee als Generalmajor. Er starb am 24. August 1964.

Major Adolf-Friedrich Graf von Schack (geb. 3. August 1888, hingerichtet am 15. Januar 1945) war nur kurze Zeit, von Mai 1941 bis Januar 1942, im Reichsarchiv tätig. Seit dem 20. Januar 1944 war er dem Berliner Stadtkommandanten, General Paul von Haase, unterstellt und mit ihm an der Vorbereitung des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 beteiligt. Schon am 21. Juli wurde er verhaftet, am 10. Oktober 1944 zum Tode verurteilt, weiter im Gefängnis Brandenburg-Görden in Haft gehalten und dort am 15. Januar 1945 erschossen.



Die Brüder Hans-Bernd (li.) und Werner von Haefen
aus: „20. Juli 1944“, Herausgeber Bundeszentrale für Heimatdienst, 1961

Unter den Männern, die sich unmittelbar am Attentat des 20. Juli beteiligten, finden sich auch die Söhne von drei Männern, die mit dem Reichsarchiv besonders verbunden waren:

Albrecht Mertz von Quirnheim (geb. 25. März 1905, hingerichtet 20. Juli 1944) wurde wie sein Vater Berufsoffizier und hatte zunächst starke Sympathien für den Nationalsozialismus. Er wandelte aber seine Einstellung und stellte sich seinem Freund Klaus Schenk Graf von Stauffenberg für die Ausarbeitung des Umsturzplanes Walküre und für die Durchführung des Attentats zur Verfügung. Er wurde zusammen mit Stauffenberg am Abend des 20. Juli 1944 erschossen.

Hans-Bernd von Haefthen (geb. 18. Dezember 1905, hingerichtet 18. August 1944) studierte Rechtswissenschaft. Dem Widerspruch Martin Niemöllers gegen den Einzug des nationalsozialistischen Geistes in die Kirche stimmte er lebhaft zu. Während seines Dienstes als Diplomat vertiefte er seine christlich begründeten Einsichten und hielt an ihnen auch gegen den Druck seiner Umgebung fest. Da auch er an der Vorbereitung des Attentats beteiligt war und in einer neuen Regierung die Aufgabe eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amt wahrnehmen sollte, wurde er verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Werner von Haefthen (geb. 9. Oktober 1908, hingerichtet 20. Juli 1944) wurde wie sein Bruder Jurist und war als Syndikus in einer Hamburger Bank tätig. Im Krieg diente er als Oberleutnant und kam nach einer schweren Verwundung als Adjutant zum Grafen von Stauffenberg. Er war es, der diesen am 20. Juli zum Führerhauptquartier begleitete und mit ihm am Abend desselben Tages in der Bendlerstraße erschossen wurde.

Justus Delbrück (25. November 1902 - 29. Oktober 1945), Sohn des für die Arbeit des Reichsarchivs wichtigen Professors Hans Delbrück, wurde Jurist mit einem starken sozialen Engagement. Da er den Nationalsozialismus ablehnte, gab er sein Amt als Regierungsrat in Lüneburg 1936 auf und wurde in der Industrie tätig. Die Abwehr unter Admiral Wilhelm Canaris berief ihn während des Krieges in ihren Dienst. Dort nahm er an der Vorbereitung eines Machtwechsels durch politische Planung teil. Er wurde nach dem 20. Juli verhaftet, es gelang ihm aber, sein Verfahren soweit hinauszuzögern, daß er am 30. April 1945 freikam. Jedoch erfolgten nach zwei Wochen die Verhaftung durch einen sowjetischen Offizier und der Abtransport in das Lager Jamlitz bei Lieberose. Dort starb er Ende Oktober an Diphtherie.



*Justus Delbrück
Foto: privat*

3. Heeresarchiv des Deutschen Reiches (1937 - 1945)

Schon im Dezember 1933 wurden die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht mehr beachtet und das militärische Aktengut sowie die historische Abteilung auf Anordnung des Reichswehrministeriums vom Reichsarchiv getrennt. Die zivilen Akten des Reichsarchivs blieben zwar in Potsdam, wurden aber bald danach von Prof. Dr. Brackmann, dem Generaldirektor des Preußischen Staatsarchivs, nebenamtlich geführt. Erst am 1. April 1937 wurde die Neuordnung dadurch abgeschlossen, daß ein Heeresarchiv entstand. Dieses wurde als „Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte“ dem Oberkommando des Heeres unterstellt. Zum Chef wurde der damalige Generalmajor Dr. h. c. Friedrich von Rabenau ernannt. Er war schon am 1. Oktober 1936 von Generaloberst Ludwig Beck, dem Chef des Generalstabs, mit der Vorbereitung beauftragt worden. Friedrich von Rabenau hoffte, wie seine Antrittsrede zeigt, daß ein vom Zeitgeist unabhängiges Quellenstudium die geistigen Antriebe in der Armee stärken könne. Es wurde ihm aber zunehmend schwerer, diese Selbständigkeit zu bewahren. Seine Unabhängigkeit wurde ernsthaft gefährdet, als Hitler im Mai 1942 Oberst Walter Scherff „Zum Beauftragten des Führers für die militärische Geschichtsschreibung“ ernannte. Es kam sofort in einem Grundsatzgespräch zu einem tiefgreifenden Konflikt zwischen Scherff und von Rabenau. Das hatte zur Konsequenz, daß General von Rabenau am 1. Juli 1942 von der Leitung des Archivs entbunden wurde. Die unmittelbare Geschäftsführung übernahm Dr. Karl Ruppert, der ebenfalls der Richtung des Generals von Rabenau nicht gefolgt war. Die Heeresarchive wurden aber generell von diesem Zeitpunkt an dem Beauftragten des Führers unterstellt.

Auch General Friedrich von Rabenau (geb. 10. Oktober 1884, hingerichtet April 1945) wurde Opfer der Nationalsozialisten. Nach dem Abitur ergriff er den Beruf des Offiziers und wurde im Ersten Weltkrieg mit Generalstabsaufgaben betraut. Nach kurzer politischer Tätigkeit wurde er 1920 in die Reichswehr übernommen. Im Truppenamt des Reichswehrministeriums kam er in enge dienstliche Berührung mit dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt. Auf Grund dieser dienstlichen und später auch privaten Beziehung übernahm es von Rabenau, dem Wunsche Seeckts und der Beauftragung durch dessen Frau entsprechend, die Biographie des Reichswehrchefs zu schreiben. Beim zweiten Teil des Werkes, der die Zeit von 1918 bis 1936 umfaßt und in der Hitler und die NSDAP eine immer größere Rolle spielten, machte die nationalsozialistische Zensur Auflagen, die von Rabenau hinnehmen mußte. Da Friedrich von Rabenau, seiner geistigen Veranlagung gemäß, durch die ethischen und religiösen Entwicklungen im Dritten Reich mehr und mehr beunruhigt



*Friedrich von Rabenau
Foto: Potsdam-Museum*

wurde, wandte er sich an seine Mitmenschen innerhalb und außerhalb der Wehrmacht mit Vorträgen und Veröffentlichungen, um sie auf die Gefahren der politischen Ideologisierung und Fanatisierung hinzuweisen. Schon dies erregte bei der nationalsozialistischen Führung starken Anstoß. Nach dem erzwungenen Ausscheiden aus seinem Amt in Potsdam 1942 wandte von Rabenau sich ganz der Aufgabe einer geistigen Erneuerung in der Bevölkerung zu und begann in Berlin evangelische Theologie zu studieren. Er schloß diese Ausbildung mit einer Examensarbeit über die Militärseelsorge ab und wurde von der Fakultät zum Lizentiaten ernannt. Im März 1944 stellte er sich der Prüfung durch das Evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg und erhielt die Kanzelerlaubnis. Seinem Wunsch, als Militärpfarrer eingesetzt zu werden, wurde nicht entsprochen, weil von Rabenau bereits „persona ingrata“ war. Neben diesem für ihn vorrangigen Anliegen setzte er sich auch für eine politische Erneuerung ein und hatte engen Kontakt zu Dr. Carl Goerdeler und Ulrich von Hassell.

In ihrem Auftrag versuchte er die ihm gut bekannten Generäle Walther von Brauchitsch und Heinz Guderian von der Notwendigkeit einer militärischen und möglichst auch politischen Änderung zu überzeugen. Von Rabenaus Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg. Am 25. Juli 1944 wurde er verhaftet und einige Male von der Gestapo verhört. Seine Haftbedingungen in Berlin und im KZ Sachsenhausen waren hart. Im KZ Buchenwald teilte er die Zelle mit Dietrich Bonhoeffer. Gemeinsam wurden sie in den letzten Kriegstagen in das KZ Flossenbürg transportiert. Ohne jedes Gerichtsverfahren wurde von Rabenau dort zwischen dem 9. und dem 14. April 1945 ermordet.



Das von Bomben zerstörte ehemalige Reichsarchiv 1946
Foto: Potsdam-Museum

Erst am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das umfassende Werk über den Ersten Weltkrieg abgeschlossen. Es ist ein Dokument intensiver wissenschaftlicher Arbeit. Schließlich setzte sich aber unter den letzten Verantwortlichen eine Linie durch, die von den ersten Präsidenten noch verhindert werden konnte: In den letzten Bänden des Werkes wird die sogenannte Dolchstoßlegende vertreten, wonach die Armee alle Möglichkeiten eines Sieges gehabt hätte, wenn ihr nicht von der Heimat aus die Revolution in den Rücken gefallen wäre.

Der darin erkennbaren inneren Entleerung folgte die äußere Vernichtung: In den Abendstunden des 14. April 1945 zerstörte ein Luftangriff der Royal Air Force das 1935 neu gebaute Magazinegebäude vollständig, beschädigte den Turm und einen Flügel des Hauptgebäudes. Die Auslagerung wertvoller Aktenbestände hatte zwar bereits im August 1943 begonnen, dennoch wurde mehr als die Hälfte des inzwischen auf 11 000 laufende Meter angewachsenen Bestandes des Heeresarchivs ein Opfer der Flammen.

4. Auf dem Weg zum „Parteihaus“ (1947 - 1949)

Die schwer beschädigte Gesamtanlage des Reichsarchivs fand erst 1947 wieder öffentliches Interesse. Der Rat der Stadt Potsdam beabsichtigte, hier eine Schule einzurichten. Die sowjetische Besatzungsmacht lehnte diesen Vorschlag im Dezember 1947 ab und forderte den Umbau für Wohnzwecke bis zum 1. Mai 1948, ansonsten drohe der Abriß des Gebäudes. Nach einigem Hin und Her übergab der Militärkommandant der Stadt Potsdam, Oberst Werin, am 24. Juni 1948 „das Haus des Deutschen Staatsarchivs in Potsdam, Am Havelblick Str. Objekt 2227 mit der gesamten Fußbodenfläche von 5600 qm“ der Regierung des Landes Brandenburg „zwecks Dislozierung des Landes-Finanzministeriums“.

Die Abteilung Finanzen und Steuerwesen konnte das Gebäude jedoch nur kurzfristig nutzen, da der Landesverband der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) das „Objekt Brauhausberg“ für seine Verwaltung als geeignet ansah. Im Austausch gegen Immobilien und Grundstücke aus dem Besitz der KPD und SPD vor 1933 wurden die Gebäude auf dem Brauhausberg der SED übergeben. Dadurch konnten die bis dahin genutzten Häuser Hebbelstraße 40, Friedrich-Ebert-Straße 37 und 67 Ende Juli bis Anfang August 1949 freigezogen werden. Um den weiteren Raumbedarf decken zu können, beschloß die SED-Landesleitung bereits im August 1950 den Ausbau des Ostflügels des Gebäudekomplexes, der vorher als Magazin gedient hatte.

Auffallend ist der „Vorläufige Übertragungsbescheid“ des Ministers des Inneren der Landesregierung Brandenburg vom 20. Dezember 1950, der am 29. Mai 1951 bestätigt wurde. Dieser verfügte, daß die Treuhandverwaltung für das Grundstück Am Havelblick 8 mit Wirkung vom 1. August 1949 von der Landesregierung (Ministerium für Finanzen) auf die „Brandenburger Grundstücks- und Vermögensverwaltung GmbH Potsdam“, der Grundstücksverwaltung der SED, zu übergeben sei. Damit ging der Gebäudekomplex in Parteivermögen über.

5. Parteihaus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1949 - 1991)

Die Konferenz der Alliierten in Potsdam 1945 brachte für Deutschland weitreichende Folgen. Die Teilung Deutschlands vollzog sich in den nachfolgenden Jahren. Im östlichen Teil Deutschlands (der Sowjetischen Besatzungszone, ab 1949 der Deutschen Demokratischen Republik) etablierte sich die Kommunistische Partei Deutschlands, bald zur Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erweitert. Eine ihrer späteren Selbstdefinitionen lautet: „Die marxistische-Leninistische Partei der geeinten Arbeiterklasse und des Volkes, die stärkste, wahrhaft demokratische, fortschrittliche und führende nationale Kraft von allen Parteien in Deutschland“ (Meyers Neues Lexikon, Leipzig 1964, Bd. 7, S. 603). Sie entstand am 21./22. April 1946 in Berlin durch die vielerorts aufgenötigte Vereinigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen der Sowjetischen Besatzungszone und Groß-Berlins.

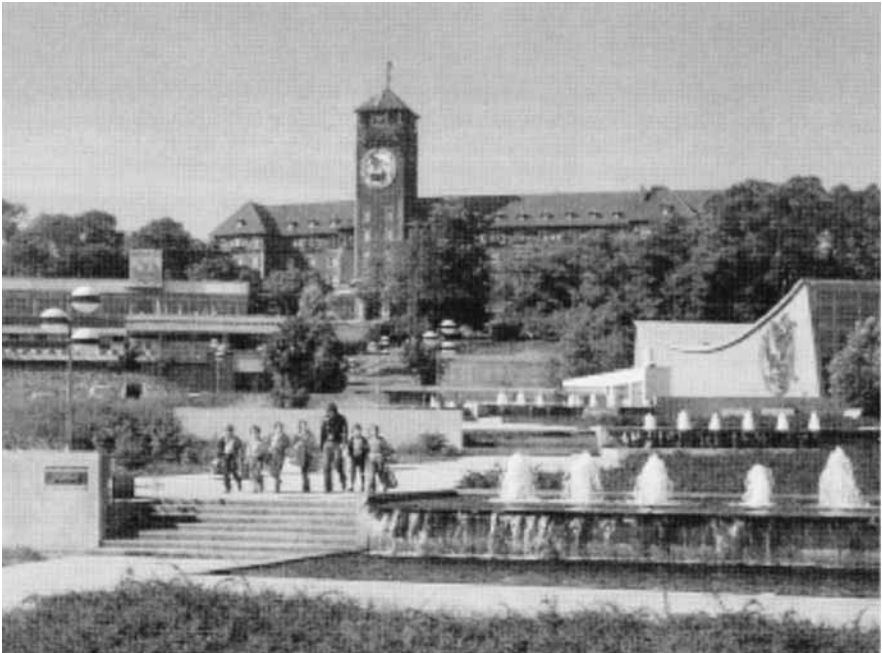
Für die Provinz Brandenburg war der Zusammenschluß am 7. April 1946 in Potsdam („Gesellschaftshaus“, Zimmerstrasse 10) erfolgt. Als paritätische Vorsitzende des SED-Provinzialvorstandes Brandenburg wurden gewählt: Friedrich Ebert (1894 - 1979), bisheriger Bezirkssekretär der SPD, Bezirk Mark Brandenburg, und Willi Sägebrecth (1904 - 1991), bisheriger politischer Sekretär der KPD, Bezirksleitung Mark Brandenburg. 1948 wurde Friedrich Ebert Oberbürgermeister von Groß-Berlin. Willi Sägebrecth war seit dieser Zeit alleiniger 1. Vorsitzender der SED-Landesleitung bzw. deren 1. Sekretär.

Friedrich Ebert (junior) wurde 1894 in Bremen als Sohn des führenden Sozialdemokraten und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert (senior) geboren. Nach einer Buchdruckerlehre wurde er 1913 Mitglied der SPD, nahm 1915- 1918 am Ersten Weltkrieg teil, war danach Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen, war 1928-1933 Mitglied des Reichstages, wurde 1933 zehn Monate in verschiedenen KZ, darunter Oranienburg, inhaftiert und später unter Polizeiaufsicht gestellt. 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. 1945/46 war er Bezirkssekretär der SPD, Bezirk Mark Brandenburg, 1946 einer der Landesvorsitzenden der SED und Präsident des Landtages sowie Mitglied des Parteivorstandes bzw. Zentralkomitees der SED, 1947-1950 Mitglied des Zentralsekretariats, seit 1949 Mitglied des Politbüros des ZK. Von 1948-1967 Oberbürgermeister von Berlin, ab 1960 Mitglied und ab 1971 Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Präsidenten der Volkskammer der DDR. Er starb 1979.

Willi Sägebrecth wurde 1904 in Groß-Schönebeck (Kreis Niederbarnim) als Sohn eines Ziegelbrenners geboren. Nach der Volksschule war er als Land- und Industriearbeiter tätig. 1925 trat er der KPD bei, nahm ab 1928 verschiedene Parteifunktionen wahr, wurde 1932/33 als Abgeordneter jüngstes Mitglied des Preußischen Landtages. 1933-1945 wurde er in verschiedene Gefängnisse verbracht, 1936 wegen „intellektueller Willenstäterschaft“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, 1941 ins KZ Sachsenhausen eingeliefert, von wo ihm im April 1945 die Flucht gelang. 1945 gehörte er zur KPD-Gruppe für Berlin unter der Leitung von Walter Ulbricht, wurde 1945/46 Sekretär der KPD-Bezirksleitung Brandenburg, war bis 1949 gemeinsam mit Friedrich Ebert, danach bis 1952 alleiniger Vorsitzender bzw. 1. Sekretär der SED-Landesleitung Brandenburg, von 1946-1950 Mitglied des Landtages, wurde 1946 auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin Mitglied des Parteivorstandes, 1948

Mitglied des Deutschen Volksrates, 1949/50 Abgeordneter der Provisorischen und 1950-1958 der regulären Volkskammer, 1952-1954 Staatssekretär, 1954 Oberst der Kasernierten Volkspolizei, ab 1956 der Nationalen Volksarmee. 1959 trat er aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Er starb 1991.

Der erste Sitz des Provinzialvorstandes der SED in der Provinz Brandenburg befand sich in Potsdam, Friedrich-Erbert-Straße 37 (bis 1946: Spandauer Straße 5). Im Juli/August 1949 erfolgte der Umzug der SED-Landesleitung in den Gebäudekomplex des ehemaligen Reichsarchivs auf dem Brauhausberg.



*Der Sitz von SED-Kreis- und Bezirksleitung auf dem Brauhausberg
Foto: Handrick, Potsdam*

An die Stelle der SED-Landesleitung Brandenburg traten am 1. August 1952 drei SED-Bezirksleitungen für die neugebildeten Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus. 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam von 1952 bis 1964 wurde der bisherige 2. Sekretär Kurt Seibt (geb. 1908). In den Jahren 1955 bis 1957 fungierte Eduard Götzl (1921-1986) als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, da Kurt Seibt zum Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau weilte. 1964 übernahm Werner Wittig (1926-1976) die Nachfolge. An seine Stelle trat von 1976 bis 1989 der bisherige 2. Sekretär Dr. Günther Jahn (geb. 1930).

Kurt Seibt wurde 1908 als Sohn eines Glasschleifers geboren, besuchte die Volksschule und Höhere Technische Lehranstalt für Hoch- und Tiefbau, wurde 1922-1926 zum Metalldrücker ausgebildet und war anschließend als Tiefbauarbeiter, Steinsetzer, Bühnenarbeiter und Theatermeister tätig. 1931 trat er der KPD bei und wurde Mitglied der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg. 1939 wurde er wegen illegaler Tätigkeit verhaftet, vom Volksgerichtshof 1941 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und war bis 1945 Häftling in Brandenburg-Görden. 1945/46 wurde er 1. Sekretär der Kreisleitung Brandenburg, 1947-1952 Abgeordneter des Brandenburger Landtages, 1950-1952 Fraktionsvorsitzender. Von 1952-1964 war er 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, 1950-1954 Kandidat und 1954-1989 Mitglied des ZK der SED. Er war von 1953-1989 Abgeordneter der Volkskammer, 1964-1966 Minister der Regierung der DDR für Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte, Mitglied des Präsidiums des Ministerrates und von 1967 bis 1989 Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED.

Werner Wittig wurde 1926 als Sohn eines Arbeiters in Lüthewitz (Kreis Döbeln) geboren und wurde später kaufmännischer Angestellter. 1944 trat er der NSDAP, 1945 der SPD und 1946 der SED bei. 1947 besuchte er die hiesige Parteihochschule und 1953-1956 die der KPdSU. Von 1947 an war er nacheinander in der SED-Landesleitung, SED-Kreisleitung Potsdam-Stadt, SED-Bezirksleitung Potsdam und SED-Kreisleitung Brandenburg tätig. Von 1964-1976 war er 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam. Er war Mitglied des ZK und Abgeordneter der Volkskammer. Er starb 1976.

Dr. Günther Jahn wurde 1930 als Sohn eines KPD-Funktionärs in Erfurt geboren. Nach dem Abitur studierte er Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften. 1946 trat er der KPD/SED bei, war 1953/54 Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission, 1954-1956 und 1962-1966 Mitarbeiter des ZK der SED, 1956-1961 Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaft, Promotion zum Dr. rer. oec. 1966 Mitglied des Zentralrates der FDJ und deren 2., von 1967-1974 deren 1. Sekretär. Von 1967-1989 war er Mitglied des ZK der SED und der Volkskammer. 1974-1976 war er 2. Sekretär, 1976-1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam und gleichzeitig Abgeordneter des Bezirkstages Potsdam. Im November 1989 trat er als 1. Sekretär, im Dezember 1989 mit dem ZK der SED zurück.

Das höchste verfassungsmäßige Organ der SED im Land Brandenburg und im Bezirk Potsdam war die Bezirks- (bis 1952 Landes-)Delegiertenkonferenz. Sie wählte die Delegierten zum Parteitag, die Mitglieder und Kandidaten der Bezirksleitung und die Revisionskommission. Im täglichen Vollzug war die Bezirksleitung der SED der wichtigste Entscheidungsträger und die Leitungsinstitution in den neuen Verwaltungsgebieten, der 1. Sekretär die entscheidende Person. Obwohl die Parteiinstanzen der SED formal keine staatlichen Entscheidungsbefugnisse hatten, waren sie de facto die eigentliche Exekutive auf allen Verwaltungsebenen. Sie waren gegenüber den Räten der Bezirke, der Städte und der Kreise weisungsberechtigt.

Dem Sekretariat gehörten an: Der 1. Sekretär, der in der Regel auch Mitglied des ZK der SED war, der 2. Sekretär, verantwortlich für Organisation und Kader, und Sekretäre für Wirtschaft, Landwirtschaft, Agitation und Propaganda, Erziehung und Jugend sowie Sport, Kultur und Wissenschaft, ferner die Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, des Bezirksvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der 1. Sekretär der Bezirksleitung der Freien Deut-

schen Jugend (FDJ) und der Bezirks-Parteikontrollkommission (BPKK) sowie der Vorsitzende der Bezirks-Plankommission. Der Chefredakteur der *Märkischen Volksstimme* und der Vorsitzende der Bezirks-Revisionskommission waren ständige Gäste.

1956 wurden die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen (BEL, KEL) als „operatives, politisches und militärisches Führungskollektiv“ zu allen Fragen der inneren Sicherheit gebildet. Sie sollten „alle politischen und militärischen Maßnahmen zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften im Bezirk sowohl bei normaler Lage als auch im Ernstfall“ gewährleisten. Zu der Bezirkseinsatzleitung gehörten der 1. und 2. Sekretär der SED, der Abteilungsleiter Sicherheitsfragen der Bezirksleitung, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, die Chefs des Wehrbezirkskommandos, der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) und der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit (BVfS) und der Grenztruppen.

Die von Michael Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, initiierte Reformpolitik von Glasnost und Perestroika beeinflusste neben vielen anderen Faktoren auch die Ereignisse des Jahres 1989 in der DDR. Mit den Massendemonstrationen, der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November, der Besetzung der Gebäude der Staatssicherheit kam es zu einem raschen Machtverfall der SED, wodurch das gesamte Staatswesen der DDR umstrukturiert wurde. Im Gefolge dieser Entwicklung trat der 1. Sekretär Dr. Günther Jahn zurück. Heinz Vietze (geb. 1947), bisheriger 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam, übernahm seine Funktion. Auf dem außerordentlichen SED-Parteitag erfolgte im Dezember die Umbenennung zu SED-PDS und 1990 deren weitere Umbenennung in PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus). Ihr Landesvorsitzender wurde Heinz Vietze, der mit der Ländergründung auch den bisherigen Landtagen als Mitglied angehört.

Die „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen in der DDR“ stellte 1991 fest, daß der Gebäudekomplex der SED-Bezirksleitung, Am Havelblick 8, nicht der Partei, sondern dem Land Brandenburg rechtmäßig gehörte. Durch betrügerische Manipulation sei die Aneignung erfolgt. Die über vierzigjährige Nutzung der Gebäude auf dem Brauhausberg für Parteizwecke ging damit zu Ende.

6. Landtag Brandenburg (ab 1991)

Bald nach den ersten freien Wahlen in der DDR am 17. März 1990 wurde der Weg zur Einheit Deutschlands sichtbar. Am 1. Juli kam es zur Währungsunion, am 3. Oktober zur Vereinigung Deutschlands. Die Bezirke wurden aufgehoben, die früheren Länder wiederhergestellt. Aus den Wahlen zum 1. Landtag Brandenburg am 14. Oktober 1990 ging die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) als Sieger hervor, Landtagspräsident wurde Dr. Herbert Knoblich, Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe (beide SPD). Dem 1. Landtag gehörten weiter folgende Parteien an: Christlich Demokratische Union (CDU), Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Bündnis 90, Freie Demokratische Partei (FDP). Die Regierung wurde aus SPD, Bündnis 90 und FDP gebildet. Die wesentlichen Aufgaben des 1. Landtages bestanden darin, die gesetzlichen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen zu schaffen, die für ein vollwertiges Mitglied eines föderalen Bundesstaates notwendig sind, und eine Landesverfassung für das Land Brandenburg zu verabschieden.



*Nach der Landtagswahl vom Oktober 1990 bezog das Parlament zunächst Teile der einstigen Potsdamer Kadettenanstalt in der Heinrich-Mann-Allee 107, heute Sitz der Landesregierung.
Foto: Vonderlind, Kleinmachnow*

Zunächst bezog der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung das Domizil in der Heinrich-Mann-Allee 107, die einstige Potsdamer Kadettenanstalt, von 1919-1933 Staatspolitische Bildungsanstalt, dann bis zum Kriegsende Nazi-Eliteschule, anschließend bis zur Auflösung der Länder Sitz von Landesregierung und Landtag und von 1952-1990 der des Rates des Bezirkes. Aus dem Jahr 1947 stammt die Giebelinschrift «Die Staatsgewalt geht vom Volke aus», ein wörtliches Zitat aus der in jenem Jahr verabschiedeten Landesverfassung.

Am 16. Januar 1991 beschlossen die Brandenburger Parlamentarier mit Mehrheit, „daß die Liegenschaft Am Havelblick 8 ausschließlich durch den Landtag Brandenburg zu nutzen ist. Alle dazu erforderlichen Voraussetzungen sind unverzüglich zu schaffen.“ (Drucksache 1/45, 2. Neudruck)

Drei Monate später, am 25. April 1991, erklärte Landtagspräsident Knoblich zum Objekt Am Havelblick 8 vor dem Plenum unter anderem:

„Am 16. Januar 1991 hatte sich dieses Hohe Haus mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Liegenschaft Am Havelblick 8 künftig als Parlamentsgebäude zu nutzen und damit den Auftrag an das Präsidium verbunden, unverzüglich alle dazu erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen...

Die verschiedenen gemeinsamen Untersuchungen von Finanzbauverwaltung und Landtagsverwaltung ergaben sehr schnell, daß der große Sitzungsraum im Havelblick 8 nicht den Anforderungen an einen Plenarsaal entspricht. Es fehlen die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen für die Presse und für die Besucher, so daß weiter der Frage nachgegangen wurde, ob ein zeitweiliger Umzug des Landtages in den Havelblick 8 bei gleichzeitiger Nutzung des Plenarsaals hier im Hause möglich wäre...

Von den Fachleuten wurde einhellig festgestellt, daß es sich bei dem Haus Am Havelblick 8 um ein klassisches Verwaltungsgebäude handelt, das für die Nutzung durch Ministerien gut geeignet ist, jedoch dem Raumbedarf und den Funktionsabläufen eines Parlamentsgebäudes nicht gerecht wird. Für diese Zwecke könnte dieses Haus nur unter großen Schwierigkeiten und mit hohen Kosten umgebaut werden. Da alle Mauern tragend sind, bedeutet jeder Umbau jedoch hinsichtlich der Statik bzw. der Kosten ein unabsehbares Risiko.

Die Trennung in zwei Standorte - Verwaltung und Abgeordnete im Havelblick 8, Plenarsaal in der Heinrich-Mann-Allee 107 - ist für einen Parlamentsbetrieb völlig untragbar.

Ein sofortiger Umzug in den Havelblick 8 bedeutet Landtagsbetrieb bei parallelem Dauerbetrieb einer Baustelle über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Der Ausbau des Areals Am Havelblick 8 würde mindestens soviel kosten wie ein Neubau.

Ich mußte feststellen, daß die Bauexperten aus Berlin, Potsdam und Nordrhein-Westfalen unabhängig voneinander zur gleichen Aussage kamen. Die neu entstandene Lage mußte so schnell wie möglich mit den Parlamentariern des Landtages beraten werden...

Auf der Grundlage der Ausführungen der Bau- und Finanzexperten kamen die anwesenden Fraktionsvertreter zu der Überzeugung, daß die Höhe der für eine Herrichtung bzw. einen Umbau des Gebäudes zu einem funktionstüchtigen Parlamentsgebäude erforderlichen Mittel zum einen gegenüber der Öffentlichkeit nicht vertretbar sind und daß während der über zwei Jahre andauernden Bauarbeiten ein ordnungsgemäßer Parlamentsbetrieb kaum zu gewährleisten ist.

Statt dessen wurde der Gedanke des Vertreters der Stadt Potsdam, den möglichen Neubau eines Parlamentsgebäudes in einen städtebaulichen Wettbewerb einzubeziehen, nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Der Gebäudekomplex in der Heinrich-Mann-Allee 107 gibt mittelfristig für den Landtag eine akzeptable Lösung...

In Anbetracht der geschilderten Sachlage ist der am 16.01.1991 gefaßte Beschluß nicht vollziehbar. Ich stelle daher den Antrag, der Landtag möge beschließen:

Der Beschluß Drucksache 1/45 vom 16. Januar 1991 wird dahingehend geändert:

‘Die Nutzung des Hauses Am Havelblick 8 erfolgt auf der Grundlage eines von der Bauabteilung des Finanzministeriums zu entwickelnden Konzepts.’“

Dieser Antrag Drucksache 1/196 wurde mit 42 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und bei 31 Enthaltungen angenommen und damit das Finanzministerium verpflichtet, Vorstellungen zu ent-

wickeln, wie und vom wem der Gebäudekomplex auf dem Brauhausberg genutzt werden könnte.

Nachdem sich in der Folgezeit die Koalitionsfraktionen nun doch auf den Brauhausberg als Landtagssitz verständigt hatten, beschloss das Landtagspräsidium auf einer Sondersitzung am 04. Juli 1991 mit Mehrheit, das Gebäude Am Havelblick 8 zu nutzen und veranlasste unverzüglich, die Voraussetzungen zum Einzug zu schaffen.

Mit dem Ende der Sommerpause konnte nach den notwendigsten Umbauarbeiten am 25. September 1991 die erste Plenarsitzung auf dem Brauhausberg stattfinden. Ob der Landtag aufgrund der räumlichen Enge auf Dauer hier seinen Sitz haben wird, ist jedoch noch nicht entschieden.



Der Brauhausberg - seit September 1991 Sitz des Landtages Brandenburg aus: „Potsdam aus der Luft“

Aus den Wahlen am 11. September 1994 ging die SPD mit absoluter Mehrheit als Sieger hervor. Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich und Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe wurden in ihren Ämtern bestätigt, die Opposition durch die gleich starken Parteien CDU und PDS gebildet.

Dem 3. Landtag Brandenburg gehören nach der Wahl vom 5. September 1999 SPD, CDU, PDS und DVU an. Die Regierung unter Ministerpräsident Stolpe wird durch eine SPD/CDU-Koalition, die Opposition durch PDS und DVU gebildet. Als Landtagspräsident wurde erneut Dr. Herbert Knoblich gewählt.

II. Zur Geschichte des Brauhausberges

Der 88 m hohe Brauhausberg beherrscht die Teltower Vorstadt Potsdam. Er bildet den Anstieg zu den Ravensbergen. Seit dem 18. Jahrhundert war er ein beliebter Aussichtspunkt, von dem man eine besonders schöne Ansicht der Stadt Potsdam hatte.

- 1515 Von 1515 bis um 1700 befindet sich an seinen Hängen ein „Kurfürstlicher Weinberg“, der von einem weitläufigen Tiergarten umgeben war.
- 1631 Im Mai 1631 schlägt das schwedische Heer unter König Gustav II. Adolf (1594 - 1632) auf dem Brauhausberg ein Feldlager auf.
- 1683 Erste Kartierung der Teltower Vorstadt durch Samuel de Suchodoletz (1649 - 1723).
- 1703 Bau eines „Schützenkruges“ und Anlage eines Schießplatzes für die Potsdamer Schützengilde am östlichen Abhang des Brauhausberges.
- 1716 Einrichtung der königlichen Brauerei im ehemaligen Kornmagazin von 1688. Seit dieser Zeit trägt der Berg seinen Namen.
- 1724 Die spätere Straße entsteht als Landstraße, die 1804 als Chaussee ausgebaut wird.
- 1752 Zwanzig Häuser für „ausländische“ Maurer- und Zimmergesellen am Brauhausberg werden errichtet, wobei diese die ihnen zugeordneten Häuser selbst auf- und ausbauen. Diese Häuser bildeten die spätere Schützenstraße (heute Max-Planck-Straße).
- 1803 1803 entsteht unter der Leitung des Baumeisters A. L. Krüger ein Belvedere als Aussichtsturm auf dem Brauhausberg.
- 1813 Im Jahre 1813 errichten Bürger und Landsturmlaute in der Teltower Vorstadt Schanzanlagen zur Verteidigung Potsdams gegen den drohenden Angriff napoleonischer Truppen. Die zentrale Schanzanlage befindet sich auf dem Brauhausberg.
- 1829 Gegenüber der Königsbrauerei (Leipziger Straße 7/8) wird 1829 die Potsdamer Stangenbrauerei der Brauerei Adelung & Hoffmann errichtet (Leipziger Straße 60).
- 1830 Die Schützengilde erhält ein neues Gebäude am Schützenplatz.
- 1839 Auf der hangab gerichteten Seite der Schützenstraße gründet der Kartograph und Geograph Heinrich Berghaus eine „Geographische Kunstschule“ als Ausbildungsstätte für Kartographen und Kupferstecher, deren Kartenwerke den Namen Potsdam um die Welt tragen (1839 - 1848).
- 1851 Das Kolonistenhaus Nr. 2 (Schützenstraße) aus der friderizianischen Zeit verkauft der Erbe Wackermann an die Familie Hoffmann.
In der Folgezeit entsteht hier die bekannte Terrassengaststätte „Wackermannshöhe“, in der das Potsdamer Stangenbier ausgeschenkt wurde.

- 1873 In unmittelbarer Nähe des Restaurationsgartens entsteht 1873 ein Pavillon im Stile eines antiken Tempels.
Der Brauhausberg wird in den folgenden Jahrzehnten immer dichter bebaut.
- 1899 Beginn, 1902 Fertigstellung der Kriegsschule auf dem Brauhausberg.
- 1917 Der Gebäudekomplex wird Bataillons-Sammelstelle.
- 1919 bis 1945 Reichsarchiv.
- 1927 Im Januar 1927 beginnt der Bau einer neuen Umgehungsstraße „Am Brauhausberg“.
- 1929 Abriß des alten Schützenhauses aus dem 19. Jahrhundert.
- 1930 Am 5. Juni 1930 nimmt die Straßenbahnlinie vom Leipziger Dreieck zum neu erbauten Schützenhaus (1928 - 1930, Architekt L. Dietz) an der Michendorfer Chaussee ihren Betrieb auf. Die neue Linie ist bis Caputh geplant.
- 1935 In den Jahren 1935 entstehen neue Wohnbauten am Schützenplatz.
- 1936 Das Heeresarchiv wird aus dem Reichsarchiv ausgegliedert und selbständig geführt. Das Reichsarchiv wird um Magazingebäude erweitert, der Burgtum des Reichsarchivs von 64 auf 50 Meter abgestockt.
- 1940 Ein neues Kino „Bergtheater“ mit 700 Sitzplätzen in der Leipziger Straße 73/74 wird am 5. Dezember 1940 eröffnet. Der Entwurf des Neubaus stammt von dem Architekten Heinrich L. Dietz.
- 1945 Der Bombenangriff der Royal Air Force am 14. April 1945 verwandelt große Teile des bebauten Brauhausberges in ein Trümmerfeld, mehr als die Hälfte des Aktenbestandes geht verloren.
- 1946 Am 27. Oktober 1946 erfolgt die Grundsteinlegung für ein Opfer-des-Faschismus-Denkmal der Provinz Brandenburg in unmittelbarer Nähe des schwer beschädigten Reichsarchivs.
- 1949 Der Gebäudekomplex wird Sitz der SED-Landes-, später SED-Bezirksleitung (im Volksmund „Kreml“).
- 1968 Errichtung einer Schuttzerkleinerungsanlage u. a. für die gesprengten Bauteile der Garnisonkirche.
- 1969 Baubeginn der Schwimmhalle (Fertigstellung 1971).
- 1971 Baubeginn des Terrassen-Restaurants „Minsk“ (Fertigstellung 1977).
- 1991 Der Landtag Brandenburg zieht in den Gebäudekomplex auf dem Brauhausberg ein.

Bibliografische Hinweise (Auswahl)

Barth, Bernd-Rainer/Links, Christoph/Müller-Enbergs, Helmut/Wielgoths, Jan (Hrsg)
Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch
Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1995

Escher, Felix

Bekenner in der Diktatur.

Zum Leben, Wirken und Sterben von Karl Heinrich Schäfer
in: Bekenntnis zu Potsdam. Potsdam 1997, S. 61 - 79.

Haeften, Barbara von

Aus unserm Leben 1944 - 1950.

Heidelberg 1974

Hoffmann, Peter

Widerstand, Staatsstreich, Attentat

Der Kampf der Opposition gegen Hitler.

4. Aufl. 1985, (S. 311 und öfter zu Werner von Haeften)

Leber, Annedore

Das Gewissen entscheidet.

Bereich des deutschen Widerstandes von 1933 - 1945 in Lebensbildern.
Berlin 1957, S. 284-286 (zu Justus Delbrück)

Leber, Annedore

Das Gewissen steht auf.

64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933 - 1945
Berlin 1956 (S. 199 - 201 zu Hans-Bernd von Haeften)

Meding, Dorothee von

Mit dem Mut des Herzens

- Die Frauen des 20. Juli -

Berlin, Siedler (bei Goldmann) 1994

„Nichts Schriftliches von Politik“

Hans-Bernd von Haeften

Ein Lebensbericht

München 1997.

Otto, Helmut

Das ehemalige Reichsarchiv

Streiflichter seiner Geschichte und der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Ersten Weltkrieges
in: Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte

Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

hrsg. von Bernhard R. Kroener unter Mitarbeit von Heiger Ostertag

Berlin, Propyläen Verlag, 1992, S. 421 - 434

Plessen, Reinhard von
Friedrich von Rabenau
Soldat im Widerstand aus christlicher Verantwortung.
Celle: Selbstverl. von Plessen 1994. 32 S. mit Abb., 1 Portr.

Reich, Ines
Potsdam und der 20. Juli 1944.
Auf den Spuren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Freiburg i. Br. 1994

Reich, Ines / Kurt Finker
Potsdam und der 20. Juli 1944
Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus -
In: Brandenburg in der NS-Zeit - Studien und Dokumente -
Berlin 1993, S. 322-354

Steinbach, Peter / Johannes Tuchel (Hrsg.)
Lexikon des Widerstandes 1933-1945
München, Verlag C.H. Beck 1994

Walle, Heinrich (Hrsg.)
Aufstand des Gewissens
Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945
Katalog zur Wanderausstellung / Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
(4. Aufl.) Berlin, Bonn, Herford, Mittler-Verlag 1994

Wegner-Korfes, Siegrid / Helmut Lötzke
Weimar - Stalingrad - Berlin.
Das Leben des deutschen Generals Otto Korfes zum Mitglied des NKFD und Kämpfer für
deutsch-sowjetische Freundschaft.
Biografie
Berlin 1994 (auch zu Wilhelm Dieckmann und Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim)

